V-18

Für einen neuen europäischen Aufbruch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in:	Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Die Europäische Union ist auf Ruinen zweier verheerender Weltkriege von Menschen aufgebaut worden, die sich noch Jahre zuvor auf dem Schlachtfeld begegnet waren. Ohne Visionen, Ideen und praktischen Mut wäre dieses Wunder europäischer Einigung niemals möglich gewesen.

Das ist nun sechzig Jahre her. Visionen, Ideen und praktischen Mut braucht es jetzt wieder. Jetzt brauchen wir einen neuen Aufbruch. Mutige Vorantreiberinnen und weitsichtige Denker. Präsident Macron und Präsident Juncker haben mit ihren Vorschlägen ein Fenster geöffnet. Ob diese Initiative Ausgangspunkt für eine institutionelle und politische Erneuerung der EU wird, das hängt nicht zuletzt von Deutschlands Antwort ab. Jetzt muss gehandelt werden.

Wir wollen als Bündnis 90/Die Grünen dazu beitragen, dass Deutschland bei der notwendigen Reform der Eurozone und der europäischen Institutionen insgesamt eine aktive, eine partnerschaftliche und keine blockierende Rolle spielt. Es wäre für Bündnis 90/Die Grünen unakzeptabel, wenn das Fenster der günstigen Gelegenheit für einen Aufbruch in Europa, das derzeit noch offen steht, sich schließen würde, bevor Berlin aussage- und handlungsfähig ist. Deshalb wollen wir, dass der Bundestag Initiativen ergreift, um die ausgestreckte Hand von Präsident Macron und die Impulse aus Europäischem Parlament und Europäischer Kommission willkommen zu heißen und mit eigenen Beiträgen partnerschaftlich weiterzuentwickeln.

Für uns ist 2018 das Jahr der europäischen Erneuerung

Als Grüne sind wir geleitet von einer europäischen Vision, die auf vier Zielen fußt. Wir wollen ein Europa, das die Vielfalt schätzt. Ein Europa, das seine Bürgerinnen und Bürger schützt. Ein Europa, das Selbstbestimmung stärkt. Ein Europa, das die ökologische Transformation anpackt, die wir unseren Kindern und der ganzen Welt schulden.

Vielfalt schätzen, das thematisiert kulturelle Diversität, die Genderfragen, die Rechte von Minderheiten, den Umgang mit Flüchtlingen, die zu uns kommen, das Prinzip der Subsidiarität und eine Kultur des Respekts. Die Bürger zu schützen, durch Solidarität, das meint das Ernstnehmen und den Ausbau der sozialen Säule der EU, das meint Sicherheit nach innen und nach außen, es meint das Zurückschneiden übermächtiger Lobbyinteressen; es meint auch Daten- und Verbraucherschutz, fairen Außenhandel und verantwortliche Klimapolitik. Die Stärkung von Selbstbestimmung will mehr Demokratie, die Gewährleistung des Rechtsstaates, die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte, gerade auch in Zeiten der digitalen Revolution. Selbstbestimmung stärken heißt, den autoritär-nationalistisch-populistischen Bewegungen konsequent entgegentreten. Es heißt auch, nicht zuzulassen, dass immer mehr Menschen sich in der Demokratie nicht mehr beheimatet finden, weil sie nicht sehen, dass sie selbst etwas bewegen können oder wenigstens repräsentiert werden, weil sie glauben, dass sie im Prozess von Globalisierung, Digitalisierung und Europäisierung abgehängt sind. Die ökologische Transformation thematisiert nicht nur Klimapolitik, Energiepolitik, Landwirtschaft oder Verkehr. Sie adressiert auch die Frage der sozialen Gerechtigkeit, eines fairen Übergangs

und die Frage der ökonomischen Perspektiven, einschließlich des Kampfes für Markt- statt Machtwirtschaft. Und sie thematisiert unsere internationale Verantwortung bei der ökologischen Transformation.

Alle diese Fragen diskutieren und verfechten Bündnis 90/Die Grünen seit langem. Wir wollen sie bewusst europäisch ansprechen. Deshalb werden der Bundesvorstand und die Landesvorstände
von Bündnis 90/Die Grünen aufgefordert, im ersten Halbjahr 2018 bundesweit und kampagnenmäßig „europäische Dialoge“ über die Gestaltung der Zukunft der EU zu organisieren.
Diese Bemühungen haben das Ziel, die europäische Politik demokratischer und die deutsche Politik europäischer zu machen. Dazu soll gezielt die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit Verbänden oder auch mit anderen Parteien gesucht werden. Ziel ist es, die Ergebnisse der europäischen Dialoge in die parlamentarische Arbeit und das Europawahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen sowie das Wahlmanifest der Europäischen
Grünen Partei einzuspeisen. Die Abgeordneten auf Landes-, Bundes- und Europaebene werden gebeten, sich aktiv in diese Dialoge einzubringen. Nach Möglichkeit wollen wir europäische Partner in unsere Diskussionen einbeziehen, ob es Vertreter anderer grüner Parteien sind oder Vertreter von Partnerstädten und Partnerhochschulen oder von Partnerunternehmen in anderen Ländern. Wir wollen rechtzeitig vor dem Europawahlkampf auch diskutieren, wie wir den so führen können, dass dabei für die Bürgerinnen und Bürger neues Engagement, neues Vertrauen und mehr demokratische Selbstbestimmung möglich werden.

Ziel ist es, in diesen Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern Prioritäten zu erarbeiten. Ideal wäre es, wenn wir am Schluss zu einem 10-Punkte-Programm kämen, wie wir es
in der Bundestagswahl hatten.

Begründung

Erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Terry Reintke (Gelsenkirchen KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Jonathan Worth (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rebecca Harms (Lüchow-Dannenberg KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Daniel Freund (Aachen KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Stefan Lange (Berlin-Neukölln KV); Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Annalena Baerbock (Potsdam KV); Erik Sachtleber (Kiel KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Anna Cavazzini (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Almut Gatz (Berlin-Mitte KV); Patrick Mesenbrock (Berlin-Kreisfrei KV); Silke Gebel (Berlin-Mitte KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Michael Scharfschwerdt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christoph Nensa (Hagen KV)